## S 44 KR 658/19

## Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Bundesrepublik Deutschland

Sozialgericht Bundessozialgericht Sachgebiet Krankenversicherung

Abteilung -

Kategorie Urteil
Bemerkung Rechtskraft -

Deskriptoren Krankenversicherung -

Krankenhausvergütungsstreit -

zweijährige Verjährungsfrist nach § 109 Abs 5 SGB V – analoge Anwendung auf Aufwandspauschalen ab 1.1.2019

Leitsätze Die kurze zweijährige Verjährungsfrist in

krankenhausvergütungsrechtlichen Streitigkeiten ist erst ab ihrem Inkrafttreten am 1.1.2019 auf

Aufwandspauschalen analog anwendbar.

SGB V § 109 Abs 5 S 1 F: 2018-12-11; SGB V § 109 Abs 5 S 2 F: 2018-12-11; SGB V § 109 Abs 5 S 3 F: 2018-12-11; SGB V § 275 Abs 1 S 1 Nr 1; SGB V § 275 Abs 1c F: 2007-03-26; SGB V § 325 F: 2018-12-11; SGB V § 409 F: 2021-06-03;

Abs 1 S 3 Halbs 2; SGB I § 45; BGB § 215; BGB § 242; BGB § 387; BGB § 390; BGB §

SGB V § 412 F: 2020-10-14; SGB V § 69

812; BGB §§ 812ff; BGB § 814

1. Instanz

Normenkette

Aktenzeichen S 44 KR 658/19 Datum 06.07.2020

2. Instanz

Aktenzeichen L 5 KR 166/20 Datum 24.08.2022

3. Instanz

Datum 12.12.2023

Â

Die Revision der Klägerin gegen das Urteil des SchleswigHolsteinischen Landessozialgerichts vom 24. August 2022 wird zurýckgewiesen.

Die KlAzgerin trAzgt auch die Kosten des Revisionsverfahrens.

Der Streitwert für das Revisionsverfahren wird auf 300Â Euro festgesetzt.

Gründe:

I

1 Die Beteiligten streiten  $\tilde{A}^1\!\!/_{\!\!4} ber die Verg \tilde{A}^1\!\!/_{\!\!4} tung einer station \tilde{A} z ren Krankenhausbehandlung.$ 

Die KlĤgerin betreibt ein zugelassenes Krankenhaus (im Folgenden Krankenhaus) und behandelte dort eine Versicherte der beklagten Krankenkasse (KK) in der Zeit vom 8. bis 30.1.2015 stationär. Eine von der KK eingeleitete sachlichrechnerische Richtigkeitsprù¼fung des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung (MDK) fù¼hrte nicht zu einer Minderung des Rechnungsbetrages. Das Krankenhaus stellte der KK daraufhin am 14.7.2015 eine Aufwandspauschale in Höhe von 300 Euro in Rechnung, die die KK am 29.7.2015 zahlte. Am 16.5.2019 setzte die KK diesen Betrag durch Verrechnung mit einer unstreitigen Vergù¼tungsforderung des Krankenhauses in einem anderen Behandlungsfall wieder ab.

3 Das Krankenhaus hat am 9.12.2019 Klage auf Zahlung von 300 Euro nebst Zinsen erhoben und ua vorgetragen, mit Ablauf des Kalenderjahres 2018 sei ein etwaiger Anspruch auf Erstattung der Aufwandspauschale verjĤhrt. Es gelte nicht die vierjĤhrige sozialrechtliche, sondern die dreijĤhrige zivilrechtliche VerjĤhrungsfrist. Das SG hat der Klage stattgegeben. Der von der KK geltend gemachte Erstattungsanspruch sei verwirkt (Urteil vom 6.7.2020).

Das LSG hat das Urteil des SG aufgehoben und die Klage abgewiesen. Die KK habe zu Recht mit ihrem Erstattungsanspruch gegen den Vergütungsanspruch des Krankenhauses aufgerechnet. Zahlungen von Aufwandspauschalen für vor dem 1.1.2016 eingeleitete sachlichrechnerische Prüfungen seien ohne Rechtsgrund erfolgt. Das Verbot unzulässiger Rechtsausübung stehe nicht entgegen. Insbesondere fehle es an Umständen, die eine Verwirkung auslösen. Die Erstattungsforderung sei auch nicht verjährt. Es finde die allgemeine vierjährige Verjährungsfrist Anwendung. Durch das Inkrafttreten des PflegepersonalStärkungsgesetzes (PpSG) zum 1.1.2019 habe sich für den vorliegenden Fall nichts geändert. Sowohl §Â 109 Abs 5 SGB V als auch §Â 325 SGB V (idF des PpSG, im Folgenden: aF) erfassten auf der Tatbestandsseite nur Ansprüche auf Rückzahlung geleisteter Vergütungen. Dies seien nur solche Zahlungen, bei denen der Leistungszweck in der Vergütung

von allgemeinen Krankenhausleistungen bestehe. Eine analoge Anwendung auf Aufwandspauschalen sei nicht gerechtfertigt (Urteil vom 24.8.2022).

Mit seiner Revision rýgt das Krankenhaus die Verletzung materiellen Rechts. Der Anspruch sei verwirkt. Die KK habe die Aufwandspauschale im Jahr 2015 nicht nur vorbehaltlos gezahlt, sondern auch danach fast vier Jahre keine Erstattung gefordert. Das Krankenhaus habe spätestens seit 2017 davon ausgehen können, dass dies nicht mehr erfolgen werde. Jedenfalls sei ein etwaiger Erstattungsanspruch der KK verjährt bzw gemäÃ∏ <u>§Â 325 SGB V</u> aF ausgeschlossen.

6 Die Klägerin beantragt,

das Urteil des SchleswigHolsteinischen Landessozialgerichts vom 24. August 2022 aufzuheben und die Berufung der Beklagten gegen das Urteil des Sozialgerichts Kiel vom 6. Juli 2020 zurückzuweisen,

hilfsweise, das Urteil des SchleswigHolsteinischen Landessozialgerichts vom 24. August 2022 aufzuheben und die Sache zur erneuten Verhandlung und Entscheidung an das Landessozialgericht zurückzuverweisen.

7 Die Beklagte beantragt,

die Revision zurĽckzuweisen.

8 Sie hält die Entscheidung des LSG für zutreffend.

Ш

Die Revision des klagenden Krankenhauses ist unbegründet (§Â 170 Abs 1 Satz 1 SGG). Das LSG hat das SGUrteil auf die Berufung der beklagten KK zu Recht aufgehoben und die Klage abgewiesen.

Die vom klagenden Krankenhaus erhobene (echte) Leistungsklage ist im hier bestehenden GleichordnungsverhĤltnis zulĤssig (stRspr; vgl BSG vom 16.12.2008 B 1 KN 1/07 KR R BSGE 102, 172 = SozR 42500 §Â 109 Nr 13, RdNr 9; BSG vom 16.8.2021 B 1 KR 18/20 R BSGE 133, 24 = SozR 42500 §Â 2 Nr 17, RdNr 7), aber nicht begrù¼ndet. Dem Krankenhaus steht zwar ein Vergù¼tungsanspruch fù¼r die Behandlung Versicherter der KK unstreitig zu (dazu A.). Dieser Vergù¼tungsanspruch ist aber durch Aufrechnung mit einer Gegenforderung der KK auf Erstattung der am 29.7.2015 gezahlten Aufwandspauschale in Höhe von 300 Euro erloschen (dazu B.).

11

A. Es ist zwischen den Beteiligten nicht streitig, dass das Krankenhaus aufgrund stationärer Behandlung anderer Versicherter der KK einen fälligen und erfüllbaren Anspruch auf die Vergütung in der streitgegenständlichen Höhe hat. Eine nähere Prüfung zur Höhe der streitigen Beträge erübrigt sich (vgl zur Zugrundelegung bei unstrittiger Berechnungsweise BSG vom 26.5.2020 B 1 KR 26/18 R juris RdNr 11 mwN).

- B. Der Vergütungsanspruch des Krankenhauses ist jedoch durch die Aufrechnung mit der Gegenforderung der KK in Höhe von 300 Euro teilweise erloschen (vgl zur Erfüllung entspr <u>§Â 387 BGB</u> BSG vom 25.10.2016 <u>B 1 KR 7/16 R</u> SozR 47610 §Â 366 Nr 1 RdNr 11). Der KK stand ein Anspruch auf Erstattung der am 29.7.2015 gezahlten Aufwandspauschale zu (dazu 1.). Die Voraussetzungen der Aufrechnung entsprechend <u>§Â 387 BGB</u> (iVm <u>§Â 69 Abs 1 Satz 3 SGB V</u>) waren erfüllt (dazu 2.).
- 13 1. Die KK hat gegen  $\tilde{A}^{1/4}$  ber dem Krankenhaus einen Anspruch auf Erstattung der Aufwandspauschale.
- KKn waren nach der Rspr des Senats nicht verpflichtet, fýr vor dem 1.1.2016 eingeleitete sachlichrechnerische Prüfungen Aufwandspauschalen zu zahlen, sodass sie im Grundsatz deren Erstattung verlangen können. Die Vorschrift des §Â 275 Abs 1 und Abs 1c SGB V begrÃ⅓ndete in ihren bis 31.12.2015 geltenden Fassungen keinen Anspruch auf die Zahlung von Aufwandspauschalen fÃ⅓r sachlichrechnerische PrÃ⅓fungen. Zahlungen ohne Rechtsgrund begrÃ⅓nden einen Erstattungsanspruch des Zahlenden gegenÃ⅓ber dem Zahlungsempfänger, sei es nach allgemeinen Grundsätzen des öffentlichrechtlichen Erstattungsanspruchs, sei es nach §Â 69 Abs 1 Satz 3 SGB V iVm §Â§Â 812 ff BGB. Diese Voraussetzungen sind bei Zahlungen von Aufwandspauschalen fÃ⅓r vor dem 1.1.2016 eingeleitete sachlichrechnerische PrÃ⅓fungen erfÃ⅓lt (vgl BSG vom 16.7.2020 B 1 KR 15/19 R BSGE 130, 299 = SozR 42500 §Â 275 Nr 32, RdNr 9 ff mwN). Hier wurde die sachlichrechnerische RichtigkeitsprÃ⅓fung von der KK im Jahr 2015 eingeleitet.
- 15 2. Die KK war auch nicht gehindert, ihren Erstattungsanspruch gegen unstreitige Vergütungsforderungen des Krankenhauses aufzurechnen.
- 16
  a) Der (unstreitige) Vergütungsanspruch des Krankenhauses und der Erstattungsanspruch der KK waren gegenseitig und als Geldleistungsansprüche gleichartig; der Erstattungsanspruch der KK war fällig und durchsetzbar, der Vergütungsanspruch des Krankenhauses erfüllbar (vgl zu den Voraussetzungen der Aufrechnung BSG vom 28.9.2010 B 1 KR 4/10 R SozR 42500 §Â 264 Nr 3 RdNr 16; BSG vom 25.10.2016 Â BÂ 1Â KR 9/16Â RÂ

SozR 45562 §Â 11 Nr 2 RdNr 10 ff; BSG vom 25.10.2016 <u>B 1 KR 7/16 R</u> SozR 47610 §Â 366 Nr 1 RdNr 11Â ff).

- 17 b)Â Der Aufrechnung durch die KK steht nicht der Einwand des Verbots unzulĤssiger Rechtsausýbung entgegen.
- 18
  Der Senat hat bereits entschieden, dass KKn nicht rechtsmissbrĤuchlich handeln, wenn sie die Erstattung von Aufwandspauschalen verlangen, die sie nach dem 31.12.2014 fÃ⅓r sachlichrechnerische PrÃ⅓fungen gezahlt haben. Weder können sich die Krankenhäuser auf §Â 242 BGB iVm §Â 69 Abs 1 Satz 3 SGB V unter den Voraussetzungen des spezifischen Vertrauensschutzes oder der Verwirkung berufen noch schlieÃ□t eine entsprechende Anwendung des §Â 814 BGB den Erstattungsanspruch aus (BSG vom 16.7.2020 B 1 KR 15/19 R BSGE 130, 299 = SozR 42500 §Â 275 Nr 32, RdNr 28 ff mwN). Daran hält der Senat fest.
- 19 aa) Die Verwirkung setzt als Unterfall der unzulĤssigen Rechtsausübung voraus, dass der Berechtigte die Ausübung seines Rechts während eines l¤ngeren Zeitraums unterlassen hat und kumulativ weitere besondere Umstände hinzutreten, die nach den Besonderheiten des Einzelfalls und des in Betracht kommenden Rechtsgebietes die verspĤtete Geltendmachung des Rechts nach Treu und Glauben dem Verpflichteten gegenļber als illoyal erscheinen lassen. Solche, die Verwirkung auslĶsenden â∏□besonderen UmstĤndeâ∏□ liegen vor, wenn der Verpflichtete infolge eines bestimmten Verhaltens des Berechtigten (Verwirkungsverhalten) darauf vertrauen durfte, dass dieser das Recht nicht mehr geltend machen werde (Vertrauensgrundlage), und der Verpflichtete tatsÄxchlich darauf vertraut hat, dass das Recht nicht mehr ausgeA¼bt wird (Vertrauenstatbestand), und sich infolgedessen in seinen Vorkehrungen und Ma̸nahmen so eingerichtet hat (Vertrauensverhalten), dass ihm durch die verspÄxtete Durchsetzung des Rechts ein unzumutbarer Nachteil entstehen würde (stRspr; vgl BSG vom 19.11.2019 Â <u>BÂ 1Â KR 10/19Â R</u>Â SozR 42500 §Â 109 Nr 80 RdNr 12 mwN).
- 20 Solche besonderen Umstände lagen hier aber nicht vor. Aufgrund der nicht abschlieÃ∏end geklärten Rechtslage konnten die Krankenhäuser nicht darauf vertrauen, die KKn wþrden keine Erstattungsansprþche geltend machen. Vielmehr war es den Krankenhäusern ab 1.1.2015 zumutbar, Rþckstellungen zu bilden (so ausdrþcklich BSG vom 16.7.2020 <u>B 1 KR 15/19 R</u> <u>BSGE 130.</u> 299 = SozR 42500 §Â 275 Nr 32, RdNr 30).
- 21 bb) Hieran ändert sich auch nichts durch die Tatsache, dass die KK vorliegend erst am 16.5.2019 die Aufrechnung erklärt hat.

Innerhalb der kurzen, hier noch vierjĤhrigen VerjĤhrungsfrist (dazu unten c) ist für das Rechtsinstitut der Verwirkung als ergänzende Regelung grundsätzlich kein Raum. Es findet nur in besonderen, engen Ausnahmekonstellationen Anwendung (stRspr; vgl BSG vom 20.1.2021 Â BÂ 1Â KR 31/20Â RÂ SozR 42500 §Â 109 Nr 84 RdNr 33 mwN). Die vorbehaltslose Zahlung nach Rechnungstellung stellt eine solche Ausnahmekonstellation ebenso wenig dar wie der blo̸e Zeitablauf. Der Umstand, dass die KK bis kurz vor Ablauf der vierjĤhrigen VerjĤhrungsfrist mit der Geltendmachung ihrer Forderung gewartet hat, genügt deshalb nicht. Nichtstun, also Unterlassen, kann ein schutzwürdiges Vertrauen in AusnahmefĤllen allenfalls dann begrļnden und zur Verwirkung des Rechts führen, wenn der Schuldner dieses als bewusst und planmäÃ∏ig erachten darf (stRspr; vgl nur BSG vom 21.4.2015 Â BÂ 1Â KR 7/15Â RÂ SozR 4-7610 §Â 242 Nr 8 RdNr 19; BSG vom 23.6.2015 Â BÂ 1Â KR 26/14Â RÂ BSGE 119, 150 = SozR 45560 §Â 17c Nr 3, RdNr 48; BSG vom 20.1.2021 Â <u>BÂ 1Â KR</u> 31/20 R SozR 42500 §Â 109 Nr 84 RdNr 34). Dafür gibt der vorliegende Sachverhalt jedoch keine Anhaltspunkte.

23 c) Die Aufrechnung der KK mit ihrem Erstattungsanspruch ist auch nicht nach §Â 325 SGB V ausgeschlossen (idF des PpSG; ab 20.10.2020 in §Â 412 SGB V idF des PatientendatenSchutzGesetzes vom 14.10.2020, BGBI I 2115; seit 9.6.2021 in §Â 409 SGBÂ V idF des Digitale-Versorgung undPflege-Modernisierungs-Gesetzes vom 3.6.2021, BGBIÂ I 1309).

24 <u>§Â 325 SGB V</u> aF zu dessen besserem Verständnis auch die amtliche ̸berschrift mit zu beachten ist bestimmte:

â∏Ã∏bergangsregelung zur Neuregelung der Verjährungsfrist fÃ⅓r die AnsprÃ⅓che von Krankenhäusern und Krankenkassen

Die Geltendmachung von Anspr $\tilde{A}^{1}_{4}$ chen der Krankenkassen auf R $\tilde{A}^{1}_{4}$ ckzahlung von geleisteten Verg $\tilde{A}^{1}_{4}$ tungen ist ausgeschlossen, soweit diese vor dem 1. $\hat{A}$  Januar $\hat{A}$  2017 entstanden sind und bis zum 9. $\hat{A}$  November $\hat{A}$  2018 nicht gerichtlich geltend gemacht wurden. $\hat{a}_{1}$ 

Der Senat lĤsst dahinstehen, ob <u>§Â 325 SGB V</u> aF nach dem Stichtag 9.11.2018 nicht nur die klageweise Geltendmachung von Erstattungsansprýchen der KKn ausschlieà t, die vor dem 1.1.2017 entstanden sind, sondern auch die Aufrechnung mit solchen Ansprüchen. Auch wenn der Wortlaut der Ausschlussregelung dies zulässt, ergeben sich Zweifel bereits daraus, dass die Rückausnahme zum Ausschluss eine weitere, engere Voraussetzung vorsieht, nämlich die gerichtliche Geltendmachung des Erstattungsanspruchs bis zum 9.11.2018.

26 Ebenfalls offenbleiben kann, ob <u>§Â 325 SGBÂ V</u> aF als bloÃ $\Box$ e â $\Box$  $\Box$ Ã $\Box$ bergangsvorschriftâ $\Box$  $\Box$  eine eigenstÃxndige Bedeutung fÃx4r die

Geltendmachung von Ansprüchen auch nach dem 31.12.2018 zukommt.

27 <u>§Â 325 SGBÂ V</u> aF ist jedenfalls nicht auf Aufwandspauschalen anwendbar (dazu aa). Die Voraussetzungen einer analogen Anwendung liegen nicht vor (dazu bb).

28 aa) §Â 325 SGB V aF regelt den Ausschluss von Ansprüchen der KKn auf Rückzahlung geleisteter â∏Vergütungenâ∏. Dies sind nur solche Zahlungen, bei denen der Leistungszweck in der Vergýtung von allgemeinen Krankenhausleistungen besteht. Die Aufwandspauschale ist aber keine Gegenleistung für die im Einzelnen erbrachten Leistungen des Krankenhauses (vgl BSG vom 28.11.2013 <u>B 3 KR 4/13 R</u> SozR 42500 §Â 275 Nr 16 RdNr 27; BSG vom 23.6.2015 B 1 KR 24/14 R juris RdNr 14; BSG vom 16.7.2020 <u>B 1 KR 15/19 R</u> <u>BSGE 130, 299</u> = SozR 42500 §Â 275 Nr 32, RdNr 1). Die Aufwandspauschale soll einen Anreiz dafür bieten, dass die nach EinschĤtzung des Gesetzgebers übermäÃ∏ige Einschaltung des MDK im Rahmen von Einzelfallprüfungen nach <u>§Â 275 Abs 1 Satz 1 Nr 1 SGBÂ V</u> zurückgedrängt wird, und sie soll den zusätzlichen Aufwand, den das Krankenhaus im Zusammenhang mit einer MDKPrüfung hat, in den gesetzlich geregelten FÄxllen pauschaliert abgelten (vgl hierzu die Begrļndung des Entwurfs des GKVWettbewerbsstĤrkungsgesetzes GKVWSG, BTDrucks 16/3100, 171; dazu auch BSG vom 28.11.2013 B 3 KR 4/13 R SozR 42500 §Â 275 Nr 16 RdNr 16).

29 bb) Fýr eine analoge Anwendung von §Â 325 SGB V aF auf die Geltendmachung geleisteter Aufwandspauschalen ist kein Raum (so auch Knittel in Krauskopf, Soziale Krankenversicherung, Pflegeversicherung, 119. EL Juni 2023, §Â 409 SGB V RdNr 4; in diese Richtung auch Eichberger SGb 2019, 669, 672 f; aA Makoski, KrV 2018, 221, 225; tendenziell auch Bockholdt in Hauck/Noftz, SGB V, §Â 409 RdNr 11, Stand Dezember 2021). Die Voraussetzungen einer Analogie bestehen nicht. Weder eine planwidrige Regelungslücke noch eine vergleichbare Interessenlage sind ersichtlich.

30 Das LSG ist zutreffend davon ausgegangen, dass der Gesetzgeber ausweislich der Gesetzesmaterialien bei der Ausgestaltung der Regelungen in  $\frac{\hat{A}\$\hat{A}}{109} \frac{109 \text{ Abs}\hat{A}}{5}$  SĤtze $\hat{A}$  2 und $\hat{A}$  3 und  $\frac{\hat{A}\$\hat{A}}{325} \frac{325 \text{ SGB}\hat{A}}{325} \frac{V}{4}$  aF im Ausgangspunkt in erster Linie Rýckforderungsansprýche der KKn auf der Grundlage zwischenzeitlich ergangener Rechtsprechung des BSG zur Abrechenbarkeit der neurologischen Komplexbehandlung des akuten Schlaganfalls im Blick hatte. Die betroffenen Krankenhäuser sollten vor existenzbedrohenden Erstattungsforderungen aus der Umsetzung dieser Urteile geschýtzt werden (BTDrucks 19/4453 SÂ 135Å f, unter Verweis auf Urteile des Senats vom 19.6.2018 Å BÂ 1Â KR 38/17Â R und BÂ 1Â KR 39/17Â RÅ , und BTDrucks 19/5593 SÂ 115Å f). Die geschaffenen Regelungen schieÃ $\Box$ en allerdings schon ýber diesen ursprýnglichen Anlass der Neuregelung

deutlich hinaus, indem sie nicht nur Erstattungsansprüche aus zu Unrecht abgerechneten neurologischen Komplexbehandlungen ausschlieÃ☐en, sondern sämtliche Erstattungsansprüche. Gleichwohl ist nicht ohne Weiteres davon auszugehen, dass auch Ansprüche auf Erstattung von Aufwandspauschalen erfasst sein sollten. Hierfür bedürfte es klarerer Hinweise.

- 31
  §Â 325 SGB V aF ist auch im Ã□brigen eng auszulegen. Dabei bedarf es letztlich keiner Entscheidung des Senats, ob §Â 325 SGB V aF echte oder unechte Rückwirkung entfaltet und ob sich die beklagte KK auf einen VerstoÃ□ gegen das Rückwirkungsverbot berufen könnte. In jedem Fall bewegt sich der Gesetzgeber mit der rückwirkenden Inkraftsetzung der Vorschrift auf verfassungsrechtlich sensiblem Terrain.
- Der 6. Senat des BSG geht davon aus, dass sich nur Grundrechtsträger auf das Rþckwirkungsverbot berufen könnten. Hierzu gehörten die KKn nicht, auch nicht als Sachwalter ihrer Mitglieder bzw Versicherten (BSG vom 30.10.2019 B 6 KA 9/18 R juris RdNr 23). Der 3. Senat des BVerwG hat hingegen angedeutet, dass viel dafþr spreche, dass sich auch KKn auf das Rþckwirkungsverbot berufen könnten (BVerwG vom 14.7.2021 3 C 2/20 juris RdNr 22) und dabei auf Rechtsprechung des 9. Senats des BVerwG Bezug genommen, der für abgabenrechtliche Rechtspositionen entschieden hat, dass hier das Rückwirkungsverbot grundsätzlich unabhängig davon gelte, ob die Abgabenpflichtigen sich auf Grundrechte berufen können (BVerwG vom 23.1.2019 9 C 2/18 juris RdNr 34).
- In der Rechtsprechung des BVerfG ist die Reichweite des Rýckwirkungsverbots und seine Anwendbarkeit auf die KKn als NichtGrundrechtsträger jedenfalls nicht abschlieÃ□end geklärt. Das BVerfG hat bisher nicht ausdrýcklich entschieden, dass ein VerfassungsverstoÃ□ allein auf der Grundlage einer objektivrechtlichen Verankerung des Rýckwirkungsverbots in Art 20 Abs 3 GG stets ausgeschlossen ist (nicht im Obersatz, aber in der Sache str in BVerfG vom 17.12.2013 1 BvL 5/08 BVerfGE 135, 1, juris RdNr 62 ff mit Sondervotum Masing juris RdNr 87Â ff).
- 34 Der erkennende 1. Senat des BSG hat diese Frage bislang offengelassen. Er hat allerdings entschieden, dass den KKn als SozialversicherungstrĤgern mit der gesetzlichen Zuerkennung des KĶrperschaftsstatus und der Zuweisung von Selbstverwaltung einfachrechtlich eine rechtlich geschĽtzte KompetenzsphĤre zugewiesen ist, die verfassungsrechtlich durch Art 87 Abs 2 GG gebilligt und anerkannt wird (BSG vom 18.5.2021 B 1 A 2/20 R BSGE 132, 114 = SozR 42500 §Â 20a Nr 1, RdNr 77). Was sich hieraus im Einzelnen fÃ⅓r die Möglichkeit der KKn ergibt, sich auf das RÃ⅓ckwirkungsverbot zu berufen, kann vorliegend aber dahinstehen.

35

d) Die Durchsetzbarkeit der Gegenforderung scheitert jedenfalls nicht an der Einrede der VerjĤhrung. Der Senat kann mangels ausreichender Feststellungen des LSG bereits nicht abschlieÄ□end prüfen, ob die Geltung der zweijĤhrigen VerjĤhrungsfrist nach §Â 109 Abs 5 Satz 1 und 2 SGB V unterstellt die Einrede der VerjĤhrung der Durchsetzbarkeit des Anspruchs auf Erstattung der gezahlten Aufwandspauschale entgegenstünde (hierzu aa). Eine ZurÃ⅓ckverweisung kann trotzdem unterbleiben. Denn die kurze zweijährige Verjährungsfrist in krankenhausvergÃ⅓tungsrechtlichen Streitigkeiten ist erst ab ihrem Inkrafttreten am 1.1.2019 auf Aufwandspauschalen analog anwendbar. Auf den hier streitigen im Jahr 2015 entstandenen Erstattungsanspruch findet weiterhin die vierjährige sozialrechtliche Regelverjährung Anwendung (hierzu bb).

36 aa)Â Der Senat kann weder anhand der Feststellungen des LSG noch anhand der in Bezug genommenen Gerichtsakten abschlieAnend beurteilen, ob die Einrede der Verjährung der Aufrechnung entgegensteht. §Â 109 Abs 5 Satz 2 SGBÂ V schlie̸t für sich genommen eine wirksame Aufrechnung bereits verjährter Erstattungsansprüche nicht aus, soweit im Zeitpunkt der Aufrechnungserklärung die Voraussetzungen des §Â 69 Abs 1 Satz 3 SGB V iVm §Â 215 BGB erfüllt waren. Zwar verbietet <u>§Â 390 BGB</u> die Aufrechnung mit einer einredebehafteten Forderung. Nach <u>§Â 215 BGB</u> schlieÃ∏t die Verjährung die Aufrechnung und die Geltendmachung eines Zurýckbehaltungsrechts aber nicht aus, wenn der Anspruch in dem Zeitpunkt noch nicht verjäxhrt war, in dem erstmals aufgerechnet werden konnte. War der zur Aufrechnung gestellte Gegenanspruch hier der Erstattungsanspruch der KKA also noch nicht verjAxhrt, als erstmals die Aufrechnungslage eintrat, hÃxtte auch nach Eintritt seiner VeriÃxhrung die Aufrechnung wirksam erklĤrt werden kĶnnen (vgl nur Schmidt-RĤntsch in Erman BGB, 17. Aufl 2023, §Â 215 BGB, RdNr 1). Das LSG hat nicht festgestellt, wann die Hauptforderung, gegen die die KK aufgerechnet hat der Vergütungsanspruch des Krankenhauses entstanden ist. Ohne diese Feststellung kann der Senat nicht prüfen, ob die Aufrechnungslage selbst bei Anwendung von <u>§Â 109 Abs 5 Satz 1 SGB V</u> in unverjährter Zeit vorlag.

37 bb) Eine Zurückverweisung des Rechtsstreits hat dennoch nicht zu erfolgen. Denn selbst wenn es vorliegend darauf ankäme, ob die kurze zweijährige Verjährungsfrist nach §Â 109 Abs 5 Satz 1 SGB V auf Erstattungsansprüche hinsichtlich Aufwandspauschalen Anwendung findet, hätte die Revision des klagenden Krankenhauses keinen Erfolg. Die Neuregelung zur zweijährigen Verjährungsfrist findet zwar auf Ansprüche der KKn auf Rückzahlung von Aufwandspauschalen analoge Anwendung, jedoch erst ab ihrem Inkrafttreten am 1.1.2019.

38 (1) Mit der zum 1.1.2019 in Kraft getretenen Regelung in §Â 109 Abs 5 Satz 1 SGB V (eingeführt durch Art 7 Nr 8a PpSG vom 11.12.2018, BGBIÂ I 2394)

wurde die VerjĤhrungsfrist fýr Vergütungsansprüche der Krankenhäuser und Erstattungsansprüche der KKn auf zwei Jahre verkürzt. Dies gilt auch für Ansprþche der KKn auf Rückzahlung von geleisteten Vergütungen, die vor dem 1.1.2019 entstanden sind, nicht aber für Ansprüche der Krankenhäuser, die vor dem 1.1.2019 entstanden sind (§Â 109 Abs 5 Sätze 2 und 3 SGB V). Für den hier streitigen Erstattungsanspruch würde sich diese Ã□nderung dahingehend auswirken, dass er ausgehend von seiner Entstehung mit der rechtsgrundlosen Zahlung der Aufwandspauschale am 29.7.2015 bereits vor dem Inkrafttreten der Neuregelung am 1.1.2019 und auch vor der Verkündung des PpSG am 14.12.2018, nämlich mit Ablauf des 31.12.2017, verjährt wäre.

39
(2) §Â 109 Abs 5 Satz 1 SGB V ist wie auch §Â 325 SGB V aF (siehe oben unter RdNr 27) auf Aufwandspauschalen nach seinem Wortlaut nicht anwendbar. §Â 109 Abs 5 Satz 1 SGB V erfasst zwar auch Nebenforderungen, insbesondere Zinsen, nicht aber die Aufwandspauschale, bei der es sich nicht um eine Vergütung handelt (siehe bereits oben zu §Â 325 SGB V RdNr 28; so hinsichtlich §Â 109 Abs 5 SGB V auch Wahl in Schlegel/Voelzke, jurisPKSGB V, 4. Aufl 2020, §Â 109 SGB V, RdNr 214; Ricken, NZS 2019, 241, 243, Becker in Becker/Kingreen, SGB V, 8. Aufl 2022, §Â 109 RdNr 7; Knittel in Krauskopf, Soziale Krankenversicherung, Pflegeversicherung, 119. EL Juni 2023, §Â 109 SGB V, RdNr 52).

40 Allerdings ist die kurze zweij $\tilde{A}$  $^{\alpha}$ hrige Verj $\tilde{A}$  $^{\alpha}$ hrungsfrist auf nach dem Inkrafttreten von  $\hat{A}$  $^{\alpha}$  $\hat{A}$  $^{\alpha}$ 109 Abs $\hat{A}$ 5 Satz $\hat{A}$ 1 SGB $\hat{A}$  $^{\alpha}$ 4 am 1.1.2019 entstandene Anspr $\tilde{A}$  $^{\alpha}$ 4che auf R $\tilde{A}$  $^{\alpha}$ 4ckzahlung von Aufwandspauschalen analog anzuwenden. Die Voraussetzungen einer analogen Anwendung liegen insoweit vor. Dies gilt allerdings nicht hinsichtlich der r $\tilde{A}$  $^{\alpha}$ 4ckwirkenden Anwendbarkeit nach  $\tilde{A}$  $^{\alpha}$ 8 109 Abs $\tilde{A}$ 5 Satz $\tilde{A}$ 2 SGB $\tilde{A}$  $^{\alpha}$ 4 auf Erstattungsanspr $\tilde{A}$  $^{\alpha}$ 4che der KKn, die bereits vor dem 1.1.2019 entstanden sind.

42 Soweit das Krankenhaus sich darauf beruft, mit der Aufwandspauschale gehe es nicht um Sozialleistungen, sodass ohnehin die kürzere zivilrechtliche VerjĤhrungsfrist von drei Jahren zum Jahresende gelte, folgt der Senat dem nicht. GemäÃ∏ <u>§Â 69 Abs 1 Satz 3 Halbsatz 2 SGB V</u> gelten die Vorschriften des BGB nur entsprechend, â∏soweit sie mit den Vorgaben des §Â 70 und den übrigen Aufgaben und Pflichten der Beteiligten nach Vierten Kapitel vereinbar sindâ∏∏ (vgl BSG vom 12.5.2005 <u>B 3 KR 32/04 R</u> <u>SozR 42500 §Â 69 Nr 1</u> RdNr 17). Nachdem jedenfalls bis zum Inkrafttreten von §Â 109 Abs 5 SGBÂ V anerkannt war, dass auch in Krankenhausabrechnungsstreitigkeiten grundsÄxtzlich die vieriĤhrige VeriĤhrungsfrist gilt, lĤge eine solche Unvereinbarkeit vor, wenn nur fýr den Anspruch auf Erstattung einer Aufwandspauschale etwas anderes gälte. Auch der Gesetzgeber ist von einer Anwendbarkeit der vierjährigen VeriĤhrung in Krankenhausabrechnungsstreitigkeiten ausgegangen. Noch in der Gesetzesbegründung zu <u>§Â 109 Abs 5 SGB V</u> ist ausgeführt: â∏<u>§Â 45</u> SGB I legt die Verjährungsfrist im Sozialrecht mit vier Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die Forderung entstanden ist, fest. Diese VerjĤhrungsfrist gilt gleicherma̸en für Ansprüche der Krankenhäuser auf Zahlung der Vergütung erbrachter Leistungen und für Ansprüche der Krankenkassen auf Erstattung überzahlter Vergütungenâ∏∏ (BTDrucks 19/5593, 105).

43 Mit Inkrafttreten des §Â 109 Abs 5 Satz 1 SGBÂ V hat der Gesetzgeber indessen eine eigenstĤndige VerjĤhrungsregelung für die VerjĤhrung von Ansprüchen im LeistungsverhĤltnis zwischen KKn und KrankenhĤusern geregelt. Die entsprechende Anwendung von §Â 109 Abs 5 Satz 1 SGBÂ V anstelle des in §Â 45 SGBÂ I zum Ausdruck kommenden allgemeinen Rechtsprinzips der vierjĤhrigen VerjĤhrung im Sozialrecht drĤngt sich damit auf. Der Gesetzgeber hat mit der Neuregelung in <u>§Â 109 Abs 5 SGBÂ V</u> das bisherige Rechtsprinzip aufgegeben, weil KrankenhĤuser und KKn A so die Gesetzesmaterialien wörtlich â∏als versierte Teilnehmer am Wirtschaftsleben über eine ständige professionelle Zusammenarbeit aufgrund eines dauerhaften Vertragsrahmens verbunden sind und daher fýr die Geltendmachung ihrer wechselseitigen Ansprüche nicht auf eine vierjährige Verjährungsfrist angewiesen sindâ∏∏ (vgl BTDrucks 19/5593, 116; fÃ<sup>1</sup>/<sub>4</sub>r eine entsprechende Anwendung auf Aufwandspauschalen auch Bockholdt in Hauck/Noftz, SGB V, §Â 109 RdNr 212d, Stand Oktober 2023; Makoski, KrV 2018, 221, 225). Insoweit besteht auch eine vergleichbare Interessenlage, denn diese Situation besteht auch bei Aufwandspauschalen.

Die Voraussetzungen für eine rückwirkende Anwendung auch der kurzen zweijährigen Verjährungsfrist analog §Â 109 Abs 5 Satz 2 SGB V liegen dagegen nicht vor. Insoweit ist wie bei §Â 325 SGB V aF für den Senat keine Regelungslücke ersichtlich, in jedem Fall aber fehlt es an einer vergleichbaren Interessenlage. Denn die analoge Anwendung des §Â 109 Abs 5 Satz 1 SGB V auf ab dem 1.1.2019 entstandene Ansprüche auf Erstattung zu Unrecht gezahlter Aufwandspauschalen vermeidet im Wesentlichen eine Zersplitterung der Verjährungsregeln im Krankenhausvergütungsrecht. Demgegenüber besteht

für die Vergangenheit vor dem 1.1.2019 kein entsprechendes Bedürfnis.

44

Vielmehr greifen auch hier die Erw $\tilde{A}$ xgungen, die f $\tilde{A}$ yr eine verfassungsschonende enge Auslegung sprechen.

45

46

III. Die Kostenentscheidung beruht auf <u>§Â 197a Abs 1 Satz 1 Teilsatz 3 SGG</u> iVm <u>§Â 154 Abs 2 VwGO</u>. Die Streitwertfestsetzung folgt aus <u>§Â 197a Abs 1 Satz 1 Teilsatz 1 SGG</u> iVm <u>§Â 63 Abs 2 Satz 1</u>, <u>§Â 52 Abs 1</u> und 3 Satz 1 sowie <u>§Â 47 Abs 1 Satz 1 GKG</u>.

Â

Erstellt am: 28.02.2024

Zuletzt verändert am: 21.12.2024